

HINTERGRUNDPAPIER FÜR DIE MEDIEN

Die Regierungschefs steigen in den Klimapoker ein

Klimatreffen in New York am 27.9.15 sendet wichtige Signale für Klimagerechtigkeit, Investitionswende und Klimafinanzierung

Rund 40 Staats- und Regierungschefs - darunter Kanzlerin Angela Merkel, Staatspräsident Xi Jinping (China) und Präsidentin Dilma Rousseff (Brasilien) - haben am 27. September 2015 bei einem Klimatreffen in New York Fortschritte erreicht, die in einer Zusammenfassung festgehalten wurden. Eingeladen zu dem Treffen hatten UN-Generalsekretär Ban Ki-moon, der Vorsitzende des nächsten Klimagipfels, Präsident François Hollande (Frankreich) sowie der Vorsitzende des letzten Klimagipfels, Präsident Ollanta Humala (Peru). Die Regierungschefs haben sich bei zentralen offenen Fragen in Bezug auf das Klimaabkommen angenähert, das im Dezember in Paris beschlossen werden soll.

Christoph Bals, Politischer Geschäftsführer der Umwelt- und Entwicklungsorganisation Germanwatch: "Wir begrüßen, dass die Staats- und Regierungschefs in New York ein klares Signal gesetzt haben, Verantwortung für eine erfolgreiches Abkommen in Paris zu übernehmen. Sie erkennen die Notwendigkeit an, Klimaschutz mit Gerechtigkeit zu verknüpfen. Sie betonen, dass die weltweite Armut überwunden werden muss und dass klimagerechte Entwicklung dafür die Bedingungen schafft. Klimaschutz wird endlich stärker als eine Chance verstanden und nicht vor allem als eine Belastung. Damit kann die jahrelange Selbstblockade der Klimaverhandlungen überwunden werden. Sie akzeptieren die gemeinsame aber differenzierte Verantwortung, ohne dies schematisch an den überkommenen Kategorien Industrie- und Entwicklungsländer fest zu machen. Und sie betonen, wie wichtig Unterstützung ist, um den Zugang zu nachhaltiger Entwicklung zu ermöglichen."

Die Regierungschefs erkennen an, dass das Abkommen die Weichen stellen muss für den weltweiten Ausstieg aus den Emissionen von Kohle, Öl und Gas. Als Messlatte legen sie die Vermeidung eines gefährlichen globalen Temperaturanstiegs von mehr als 2°C auf, und sogar die Option für die Begrenzung auf weniger als 1,5°C soll offen gehalten werden. Christoph Bals: "Allerdings drücken sich die Regierungschefs noch darum, ganz klar zu benennen, was der Weltklimarat IPCC deutlich gemacht hat: Die Emissionen aus der Verbrennung fossiler Rohstoffe müssen bis Mitte des Jahrhunderts - selbst für ein 2-Grad-Limit bis allerspätestens 2070 - auf null gesenkt werden. Spätestens 2020 müssen die globalen Emissionen ihren Scheitelpunkt erreichen, danach müssen sie zügig sinken." Auch ist es bislang nur eine von drei Optionen, klar von Dekarbonisierung zu sprechen - was den Ausstieg aus Kohle, Öl und Gas bedeuten würde. Um die Umsetzung der Transformation voranzutreiben, werden die Regierungen aufgefordert, entsprechende Strategiepläne vorzulegen. Diese sollen zeigen, wie der Umbau in den einzelnen Staaten bis Mitte des Jahrhunderts gelingen kann und welche finanzielle und technische Kooperation dabei notwendig ist. Bals: "Nur durch eine solche, weit über das bisher gehende Maß hinausgehende Kooperation, kann ein gefährlicher Klimawandel noch vermieden werden."

Die Staats- und Regierungschefs sehen auch zunehmend die Notwendigkeit eines Mechanismus, um die Klimaziele nach Paris regelmäßig zu erhöhen. Die bislang vorliegenden Ziele reichen noch nicht, um die globale Erwärmung auf unter 1,5° bis 2°C zu begrenzen. "Es ist erfreulich, dass viele Regierungschefs klar sehen, dass alle fünf Jahre die zunächst vorgelegten Minimalziele ebenso wie die für die Umsetzung not-

wendige finanzielle und technische Kooperation nachgebessert werden müssen, um den Klimawandel auf ein noch zu bewältigendes Maß zu begrenzen", so Bals.

Germanwatch begrüßt zudem, dass es erste Hinweise darauf gibt, dass auch die Industrieländer in einem qualitativen Langfristziel für Anpassung sich zur gemeinsamen *Verpflichtung* bekennen werden, die Resilienz - also die Fähigkeit zu Anpassung und Schadensbewältigung - in den besonders betroffenen Regionen und Ländern zu unterstützen. "Bisher sind es Andeutungen, das klare Bekenntnis dazu fand allerdings noch keinen Konsens", schränkt Bals ein.

"Bedauerlich ist, dass letztlich keine klare Unterstützung für einen zentralen Baustein des Abkommens von Paris erreicht wurde. Es gelang noch kein Kompromiss zu den notwendigen Regeln für Transparenz. Im Abkommen muss aber sichergestellt werden, dass die Länder transparent berichten, wie sie ihre Ziele für Klimaschutz und Anpassung umsetzen und die notwendige Unterstützung für ärmere bereitstellen."

Die Frage, ob die Entwicklungsbanken ihre Gelder und Investitionen so verschieben, dass sie mit Klimaschutz und Resilienz vereinbar sind, wird zu einem wichtigen Prüfstein. "Es ist erfreulich, dass die Regierungschefs Druck auf die Weltbank und andere multilaterale Entwicklungsbanken ausüben, vor Paris Pläne zur Kapitalerhöhung für Klimaschutz und Anpassung vorzulegen. Schön auch, dass die beiden größten Emittenten - China und die USA - klare Signale gaben, ihre öffentlichen Gelder im In- und Ausland für den Umstieg aus dem fossilen Zeitalter einzusetzen", so Bals.

Bis zum Pariser Klimagipfel werden noch Verhandlungen auf Regierungschef-Ebene gebraucht. Für einige der seit Jahren den Prozess blockierenden Streitpunkte wurden in New York schon Kompromissformulierungen oder Annäherungen daran gefunden.

1. Gerechtigkeit und Klimaschutz - Nachhaltige Entwicklung

Die Regierungschefs einigten sich auf **vier maßgebliche Punkte**, die außerordentlich wichtig für die Lösung der Debatte um Klimagerechtigkeit in Paris werden könnten. Denn nur ein Abkommen, durch das sich die Länder und Ländergruppen gerecht behandelt fühlen, kann ein ambitioniertes Abkommen werden.

Erstens wird nach Jahrzehnten der Klimadebatte nicht mehr der Eindruck erweckt, Klimaschutz sei eine "Last" und es gehe darum, diese Last zu teilen. Vielmehr wird gemeinsam versucht, die Klimastrategie so zu organisieren, dass es nicht um Lasten-, sondern um Chancenteilung geht. Die Regierungschefs halten fest: "Ein Paris-Abkommen wird eine umfassende Langfristvision brauchen über eine Welt, die von Armut befreit ist durch die sozialen und wirtschaftlichen Chancen, die durch die Transformation zu einer klimaresilienten Zukunft mit niedrigen Emissionen" entstehen.¹

Zweitens wurde zwar bestätigt, dass das Prinzip der "gemeinsamen aber differenzierten Verantwortung und entsprechenden Handlungsfähigkeiten" weiter bestehen bleibt, dieses aber nicht mehr starr interpretiert wird. Es orientiert sich nicht mehr an festen Länderblöcken - Industrie- und Entwicklungsländern, die die Wirklichkeit immer weniger widerspiegeln - sondern an den je aktuellen "verschiedenen nationalen Umständen"².

Drittens wird festgehalten, dass das Paris-Abkommen den gerechten Zugang zu nachhaltiger Entwicklung unterstützen muss³. Es wird hervorgehoben, dass die gerechte Transformation zu einer Niedrigemissionsgesellschaft, die den Herausforderungen des unvermeidbaren Klimawandels gewachsen (resilient)

¹ A Paris agreement will need to articulate a comprehensive long-term vision of a world freed of poverty through the social and economic opportunities created by the transition to a low - emission and climate resilient future.

² A Paris agreement must be equitable, and reflect the principle of common but differentiated responsibilities and respective capabilities (CBDR-RC), in light of different national circumstances.

³ The Paris agreement must be equitable, based on the principle of common but differentiated responsibilities and respective capacities (CBDR-RC), in light of different national circumstances. It must facilitate equitable access to sustainable development.

ist, Risiken vermeide und Chancen berge. Dies erlaube, den Pfad zu sicheren, gesünderen, mit mehr Wohlstand einhergehenden und nachhaltigen Gesellschaften einzuschlagen. Um dies zu erreichen, müssten die gerade vereinbarte 2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung sowie das Abkommen von Paris sich wechselseitig unterstützen.

Viertens besteht darüber Einigkeit, dass angemessene Finanzierung erforderlich ist, um Klimaschutz- und -anpassungsziele zu erreichen. Es wird als Aufgabe des Pariser Abkommens angesehen, ausreichende Unterstützung zu mobilisieren, weil nur so die angestrebte Transformation möglich wird. Dies betrifft Finanzierung, Technologietransfer und Kapazitätsaufbau.⁴

2. Wachsende Unterstützung für ein klares Dekarbonisierungssignal für Öffentlichkeit und Wirtschaft

Beim G7-Gipfel in Elmau haben sich die sieben Staats- und Regierungschefs auf das Ziel geeinigt, die Weltwirtschaft im Laufe dieses Jahrhunderts zu dekarbonisieren, und in Bezug auf die Ambition auf den Bericht des Weltklimarats IPCC verwiesen. Daraus geht hervor, dass diese Transformation bis Mitte des Jahrhunderts, allerspätestens bis zum Jahr 2070, passieren muss. Bei bilateralen Regierungskonsultationen mit Deutschland hat sich jüngst auch die brasilianische Präsidentin Dilma Rousseff dieser Forderung angeschlossen – was deshalb bedeutend ist, weil sich damit erstmals ein großes Schwellenland für dieses Ziel einsetzt. Zudem wurde im gemeinsamen Statement von Brasilien und Deutschland die zentrale Rolle der Erneuerbaren Energien für die notwendige Transformation betont und festgehalten, dass es erforderlich ist, dass die reicheren Länder die ärmeren dabei unterstützen.

Die rund 40 Staats- und Regierungschefs - darunter führende Schwellenländer - die in New York vertreten waren, legen nun die Messlatte für Paris auf, das Abkommen müsse "ein Wendepunkt sein und ein lautes und klares Signal zu Bürgern und Unternehmen senden, dass die notwendige Transformation unvermeidbar, vorteilhaft und bereits auf dem Weg" sei⁵. Wenig später betonten sie erneut, das Abkommen müsse ein "lautes und klares Signal für die Neuorientierung aller Investitionsflüsse - international und im eigenen Land, öffentlich und privat - senden, das konsistent ist mit den festgelegten Klimaschutz- und Anpassungszielen."⁶ Um tatsächlich das gewünschte Signal zu geben ist es zentral, dass nicht nur ein 1,5°/2°-Limit beschworen wird, sondern im Paris-Abkommen der politische Wille deutlich wird, die Emissionen im notwendigen Ausmaß zu reduzieren und bis Mitte des Jahrhunderts aus Kohle, Öl und Gas auszusteigen. Die Regierungschefs nähern sich diesem Ziel durch drei Aussagen an:

- **Operationalisierung des 1,5°/2°C-Limits:** Das Paris-Abkommen müsse das 2° C- Limit gegenüber vorindustrieller Zeit "bestätigen, klären und operationalisieren" und die Option, die Temperatur auf weniger als 1,5°C zu begrenzen, offen halten⁷.
- **Gemeinsames Ziel für kollektives Handeln in Richtung Dekarbonisierung bis Mitte des Jahrhunderts:** Es wird auch der Weg gewiesen, was es heißt, dieses Ziel zu operationalisieren. Das Paris-Abkommen müsse das Temperaturziel in "ein gemeinsames Ziel für kollektives Handeln" übersetzen. Der Text der Regierungschefs bietet drei Optionen an, um das 1,5- bis 2-Grad-Limit zu operationalisieren: a) die fortschreitende Dekarbonisierung der globalen Wirtschaft im Laufe des Jahrhunderts, b) den Wandel in Richtung eines zu 100% sauberen Energiesystems oder c) die grüne Niedrig-Emissions-Transformation im Laufe des Jahrhunderts;

⁴ Adequate finance is key to realizing the common goals related to adaptation and mitigation. In this sense, a Paris agreement must mobilize and deliver the adequate means of implementation - finance, technology and capacity building - to enable the transition towards low-emissions and climate-resilient development.

The Paris agreement must be a turning point, and send a loud and clear signal to citizens and the private sector that this transition is inevitable, beneficial, and already underway.

⁶ [The Paris agreement must] "send a loud and clear signal for the reorientation of all investment flows, international and domestic, public and private, consistently with mitigation and adaptation objectives

⁷ "A Paris Agreement must reaffirm, clarify, and operationalize the objective of limiting the mean surface temperature increase to below 2°C, and keep open the option of limiting the temperature increase to 1.5°C."

Es ist eine der Kernaufgaben in den High-Level-Verhandlungen vor Paris hier zu weiteren Konkretisierungen zu kommen. Erstens in zeitlicher Hinsicht: Der IPCC hatte deutlich gemacht, dass bis Mitte des Jahrhunderts die Dekarbonisierung gelingen müsse, allerspätestens bis 2070. Die Zivilgesellschaft weltweit fordert, dass der Ausstieg aus Kohle, Öl und Gas bis 2050 gelungen sein muss. Zweitens durch eine Konkretisierung des Investment-Signals: Wenn die Staatengemeinschaft tatsächlich ein unmissverständliches Signal an BürgerInnen und Investoren senden will, dann müsste sie die notwendige Dekarbonisierung - den Ausstieg aus Kohle, Öl und Gas -, ebenso ansprechen wie den Umstieg in eine Zukunft mit massiv steigender Energieproduktivität und 100% Erneuerbaren Energien.

- **Nationale Dekarbonisierungs-Pfade und Strategien:** Die Regierungschefs erkennen auch die Notwendigkeit von entsprechenden Umsetzungsplänen für die einzelnen Staaten, die bis Mitte des Jahrhunderts zu einer Dekarbonisierung führen müssten. Durch den an dieser Stelle fehlenden Verweis auf die IPCC-Pfade wird allerdings nicht unmissverständlich deutlich, dass diese Dekarbonisierung bis Mitte des Jahrhunderts - allerspätestens 2070 - abgeschlossen sein muss. Das Paris Abkommen müsse "die Wichtigkeit und Nützlichkeit anerkennen von auf die Mitte des Jahrhunderts bezogenen Strategien für die Transformation zu Niedrig-Emissions-Wirtschaftssystemen". Diese sollten sich an drei Wegweisern orientieren: erstens am 2 Grad-Limit; zweitens an den Wegen, durch die das entsprechende Land von der Begrenzung und Reduktion der Emissionen profitieren kann; und drittens - ganz wichtig für die Entwicklungs- und ärmeren Schwellenländer - daran, "wo internationale Kooperation und Koordination in Bezug auf Finanzierung, Technologie und Politiken notwendig" seien⁸.

In New York wurde durch Erklärungen von Finanzmarktakteuren und Unternehmen deutlich, dass das Dekarbonisierungssignal zunehmend in der Wirtschafts- und Finanzwelt ankommt - und sich in verändertem Investitionsverhalten und Veränderungen beim Strombezug niederschlägt.

Bereits im September 2014 hatten 181 Institutionen und 656 vermögende Einzelpersonen, die mehr als 50 Milliarden US-Dollar investierten, angekündigt, Geld aus dem fossilen Bereich abzuziehen, also ein diesbezügliches Divestment zu betreiben. Seitdem sind die Divestmentaktivitäten von Investoren exponentiell gewachsen. Damals war das Ziel gesetzt worden, bis zum Klimagipfel in Paris die dreifache Summe zu erreichen. Jetzt aber werden die Zahlen von 2014 bereits um das 50fache übertroffen - das sind 2,6 Billionen US-Dollar⁹.

Zugleich wächst die Zahl der Unternehmen, die sich in der RE100 Initiative verpflichten, ihren Strom zu 100 Prozent aus erneuerbaren Quellen zu beziehen. Goldman Sachs, Nike, Walmart und andere Konzerne sind jetzt dazu gekommen.

3. Mechanismus zur regelmäßigen Erhöhung der Klimaziele: Es entsteht Dynamik für 5-Jahresrhythmus

Zwar könnte es in Paris gelingen, dass wir bis Ende des Jahrhunderts nicht mehr auf einen globalen Temperaturanstieg von 4,6°C sondern - wenn die vorgelegten Ziele umgesetzt werden - auf 3 bis 3,5°C zusteuern. Doch - obwohl dadurch weit größerer Schaden abgewendet wird - ist ein solcher Temperaturanstieg völlig inakzeptabel, da bei mehr als 1,5°C bis 2 °C die Risiken so groß werden, dass sie für viele Regionen in der Welt nicht oder kaum noch zu bewältigen sein dürften. Dies käme einem unkontrollierten Großexperiment mit der Menschheit und ihrer ökologischen Mitwelt gleich.

Zentral für den Erfolg von Paris ist deshalb ein Mechanismus, der alle Parteien des Abkommens dazu verpflichtet, alle fünf Jahre an den Verhandlungstisch zurückzukehren, um ihren Beitrag zur globalen Emissionsreduktion nach oben zu korrigieren. Ein solcher **Mechanismus zum Hochschrauben der Am-**

⁸ It must also recognize the importance and the usefulness of formulating and making available national mid-century strategies for the transition to low-emission economies, to identify the ways in which countries can benefit from limiting and reducing emissions, and where international cooperation and coordination on finance, technology and policies are needed.

⁹ www.arabellaadvisors.com/wp-content/uploads/2015/09/Measuring-the-Growth-of-the-Divestment-Movement.pdf

ambitionen könnte eine wichtige Rolle dabei spielen, realwirtschaftliche Entwicklungen in entsprechend anspruchsvollere nationale Klimaschutzpläne zu übersetzen. Denn die massiv sinkenden Kosten für Erneuerbare Energien, einige wichtige Effizienztechnologien sowie Speichertechnologien geben Anlass zur Hoffnung, dass die Ziele tatsächlich regelmäßig nachgebessert werden können.

Die Regierungschefs stellen nun klar: Das Pariser Abkommen müsse "dauerhaft und dynamisch sein. Es muss einen Ermöglichungsprozess definieren, um periodisch den Stand des Fortschritts bei der Umsetzung des Langfristziels zu überprüfen und im Lauf der Zeit schrittweise die Ambition zu erhöhen"¹⁰.

Es ist erfreulich zu sehen, dass nun immer mehr Regierungschefs die Notwendigkeit sehen, dass alle fünf Jahre die Ambition der zunächst vorgelegten Mindestziele gesteigert werden sollte. Auch wenn es keinen Konsens dazu gab, hält das Papier in einem heftig diskutierten Passus fest: "Viele [Regierungschefs] erklärten, dass ein 5-Jahres-Zeitrahmen vorzuziehen sei um zu verhindern, dass niedrige Ambitionslevels eingeschlossen werden."¹¹ Angesichts der absehbar nicht für ein 1,5-2°C-Limit ausreichenden Minimalziele von Paris, ist dieser Fünf-Jahres-Rhythmus eine Kernforderung für ein Paris-Abkommen.

In den nächsten Wochen wird es nun darum gehen, diesen Prozess weiter zu konkretisieren. Zentral für die Ermöglichung eines 1,5-2°C-Pfades ist neben dem Fünf-Jahres-Zyklus auch klarzustellen, dass die Ziele in jeder Runde steigen sollen und keinesfalls sinken können und dass diese Steigerung erwartet wird, solange eine Lücke zu dem Pfad besteht, der mit dem Langfristziel vereinbar ist.

Die Grundlage für eine Aufwärtsspirale nach Paris ist ein Abkommen, das Transparenz und Vergleichbarkeit herstellt - sowohl in Bezug auf ernsthaften Klimaschutz und Anpassung als auch in Richtung der notwendigen finanziellen und technologischen Unterstützung. In dieser - ganz besonders für die USA - zentralen Frage konnte trotz langen Ringens noch keine Kompromissformulierung gefunden werden.

4. Unterstützung für ein qualitatives Ziel für Anpassung und Bewältigung von Schäden wächst

Die Staats- und Regierungschefs haben deutlich gemacht, dass es nicht nur um die Konkretisierung des Langfristziels für Klimaschutz, sondern auch um ein qualitatives Langfristziel für Anpassung geht.

So wird festgehalten, dass ausreichende Finanzierung zentral sei, um die gemeinsamen Ziele in Bezug auf Anpassung und Klimaschutz zu erreichen¹². Auch das Ziel, alle Investitionsströme neu zu orientieren, wird sowohl auf Klimaschutz- als auch Anpassungsziele bezogen.

Die Regierungschefs stimmen auch darin überein, dass das Abkommen von Paris "die gleiche politische und praktische Wichtigkeit von Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel" zeigen müsse¹³.

Es ist am Schluss allerdings ein Satz mit expliziter Unterstützung für ein Resilienzziel aus dem Abschluss text gefallen. (Der im deutschen sperrige Begriff "Resilienz" wird zunehmend als übergreifender Begriff benutzt, der Anpassungsmaßnahmen und die Bewältigung von Schäden und Verlusten ausdrückt.) Es ist wichtig, dass sich ein solches Langfristziel im Paris-Abkommen findet und eine *Verpflichtung* für die internationale Staatengemeinschaft formuliert, den notwendigen Aufbau von Resilienz zu unterstützen.

¹⁰ The Paris agreement must be durable and dynamic: it must define a facilitative process to periodically take stock of progress made towards reaching the agreed long-term global goals, and progressively increase ambition over time.

¹¹ "Many expressed, that a 5 year timeframe would be preferable in order to avoid locking in low levels of ambition."

¹² A Paris Agreement must ... demonstrate the equal political and practical importance of mitigation and adaptation to climate change. Adequate finance is key to realizing the common goals related to adaptation and mitigation.

¹³ The Paris Agreement must also demonstrate the equal political and practical importance of mitigation and adaptation to climate change.

5. Klimafinanzierung und Umschichtung von Billionen im Sinne der notwendigen Transformation

Auch im Bereich der Klimafinanzierung gibt es interessante Signale aus dem Treffen:

Das gemeinsame Papier betont, wie wichtig es ist, dass die Industrieländer ihre Verpflichtung umsetzen, jährlich 100 Milliarden US-Dollar für Klimaschutz und Anpassung in Entwicklungsländern zu mobilisieren. Um hier weiteren Druck für die Umsetzung zu erzeugen, haben Frankreich und Peru die OECD beauftragt eine Studie vorzulegen, die zeigt, welche Fortschritte es gibt und wie groß die Lücke noch ist¹⁴. Gemeinsam rufen die Regierungschefs diejenigen Industrieländer zum Handeln auf, die noch keinen eigenen Plan für die weitere Mobilisierung von Klimageldern vorgelegt haben¹⁵.

Es ist erfreulich, dass auch eine klare gemeinsame Aufforderung an die multilateralen Entwicklungsbanken geht, aktiv zusätzliches Kapital für Klimaschutz und Anpassung zu mobilisieren und einen entsprechenden Plan vorzulegen - vermutlich bei der Finanzministerkonferenz im November¹⁶. Angesichts der internen Widerstände in der Weltbank wäre es wichtig, dass es hier einen Durchbruch gibt. Diese Umstrukturierung der Entwicklungsbanken ist ein zwingender Schritt, wenn die notwendige Transformation gelingen soll.

Bisher war ein wichtiges Gegenargument gegen diesen Kurswechsel, dass man es damit China überlasse, in anderen Ländern weiter Kohle und andere fossile Investitionen zu finanzieren. Deshalb könnte sich die neue, auch in New York vorgestellte, gemeinsame Ankündigung der USA und Chinas als äußerst wichtig erweisen: "Die USA und China sind der Ansicht, dass ihre bilateralen Investitionen in andere Staaten Niedrig-Emissions-Technologien und Klimaresilienz unterstützen sollten. Sie verpflichten sich, die Rolle von öffentlicher Finanzierung bei der Reduktion von Treibhausgasen zu diskutieren. Beide Länder werden öffentliche Ressourcen nutzen, um die Transformation in Richtung von Niedrigemissions-Technologien als eine Priorität zu finanzieren und zu befördern."¹⁷

Erfreulich ist auch, dass diese Absichtserklärungen in New York durch konkrete Zusagen ergänzt wurden. Die USA und China erklärten gemeinsam:

"Als Teil der bestehenden und ernsthaften Verpflichtung, die Niedrigemissions-Politiken und Regulierungen zu stärken, haben die USA ihre öffentliche Finanzierung für neue konventionelle Kohlekraftwerke - außer in den ärmsten Staaten - beendet. China wird seine grünen und Niedrigemissions-Politiken sowie Regulierungen verschärfen mit der Absicht, strikt die öffentlichen Investitionen zu kontrollieren, die im Inland oder international in Projekte mit viel Verschmutzung und CO₂-Emissionen fließen."¹⁸

Solche Zusagen der beiden größten Emittenten der Welt sind sehr erfreulich. Wichtig ist in diesem Kontext auch, dass nun die Asian Development Bank angekündigt hat, ihre Unterstützung für Klimafinanzierung bis 2020 zu verdoppeln - auf ein Niveau von 6 Milliarden Dollar. Es gilt allerdings genau hinzuschauen, ob hier Finanzierung von effizienten Kohlekraftwerken als "Klimafinanzierung" gezählt wird.

¹⁴ "To this end, France and Peru have commissioned the OECD to provide a precise estimate of where we stand on the mobilization of climate finance by developed countries to date"

¹⁵ We call on developed countries that have not already done so to indicate the ways in which they intend to further mobilize climate finance, with the view to achieve their collective goal of mobilizing \$100 billion per year by 2020.

¹⁶ We also stress the key role Multilateral Development Banks (MDBs) have to play in the financing of the transition to low-emission and climate-resilient development in developing countries, in particular to leverage private investment flows, and urge them to come up with a plan to increase the amount of funding they dedicate to climate change mitigation and adaptation.

¹⁷ "The United States and China consider that their bilateral investments in other countries should support low-carbon technologies and climate resilience and commit to discussing the role of public finance in reducing greenhouse gas emissions. Both countries are to use public resources to finance and encourage the transition toward low-carbon technologies as a priority."

¹⁸ "As part of an ongoing and serious commitment to strengthen low-carbon policies and regulations, the United States has ended public financing for new conventional coal-fired power plants except in the poorest countries. China will strengthen green and low-carbon policies and regulations with a view to strictly controlling public investment flowing into projects with high pollution and carbon emissions both domestically and internationally."

Die Regierungschefs kündigen weiteres Handeln an. Es ist dringend notwendig, dass die Regierungschefs bis Paris - und danach für die Umsetzung - weiter engagiert bleiben. Sie kündigen dies an. Als nächste Etappen werden das Finanzministertreffen am 9. Oktober in Lima, der G20-Gipfel im türkischen Antalya am 15. und 16. November, der Cochabamba-Gipfel sowie das Regierungscheftreffen der Commonwealth-Staaten genannt.

AutorInnen: Christoph Bals, Lutz Weischer

Redaktion: Stefan Küper

Diese Publikation kann im Internet abgerufen werden unter: www.germanwatch.org/de/10889

Geringfügig aktualisierte Fassung, Stand 28. September 2015

Herausgeber: Germanwatch e.V.

Büro Bonn

Kaiserstr. 201

D-53113 Bonn

Tel. +49 (0)228 / 60 492-0, Fax -19

Internet: www.germanwatch.org

Büro Berlin

Stresemannstr. 72

D-10963 Berlin

Tel. +49 (0)30 / 2888 356-0, Fax -1

E-Mail: info@germanwatch.org

Mit finanzieller Unterstützung durch:

STIFTUNG
MERCATOR

Für den Inhalt ist alleine Germanwatch verantwortlich.